

Familienpolitik in der Schweiz

Autor(en): **Flühmann, Ruth**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen**

Band (Jahr): **6 (1980)**

Heft 3

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-359234>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

60 – 80 Leute aus der Frauenbewegung und der Linken trafen sich am Wochenende vom 22./23.2. zu einer gemeinsamen, an einer Konferenz der Unterstützungskomitees der MSV-Initiative beschlossenen Tagung, um über die gegenwärtige Familienpolitik und diesbezügliche Perspektiven zu diskutieren.

Das Programm sah ein Referat über allgemeine familienpolitische Entwicklungen, Gruppendiskussionen zu den Themen "Sozialversicherungen", "Gleiche Rechte" und "Gewalt, Sexualität, Hausarbeit", sowie ein Podiumsgespräch mit Vertreterinnen von FBB/RF, FKM, RML und SP am Samstag, und Weiterführen der Gruppendiskussionen zum Ausarbeiten von Strategien am Sonntag vor. Ich werde mich im folgenden darauf beschränken, über die Gruppe "Gewalt, Sexualität, Hausarbeit" zu berichten.

Familienpolitik in der Schweiz

Zuerst wurden nochmals die wichtigsten Punkte vom Vortag wiederholt: dass ein riesiger Teil der Unterdrückung der Frau im privaten Rahmen der Familie stattfindet, und dass es somit darum geht, diesen ganzen Bereich an die Öffentlichkeit zu ziehen. Bei den meisten Frauen sei zwar ein grosses Bedürfnis da, sich zu äussern, doch bekämen sie Angst, sobald es um Veränderungen gehe. Nachdem wir nochmals schnell auf den Streik als untaugliches Mittel, da kein gemeinsamer Arbeitgeber da ist, zurückgekommen waren, tauchten nun viele Vorschläge für kleine spontihafte Aktionen auf: einen Waschtrog vor die Kaserne zu stellen und Ähnliches; überall, wo man Angst habe, dies hinzuschreiben oder zu sprayen oder zu kleben, aber auch als Abgeordnete in Männergremien immer wieder auf häusliche Probleme zu sprechen zu kommen (wer hat eigentlich eure Hemden gewaschen?). Dabei wurde bemerkt, dass solche Aktionen zwar oft lustig und spektakulär sind, sich aber bald wieder im Sand verlaufen, und selten direkt etwas bewirken (Ausnahme Globus-Schaufenster in Basel). Da tauchte der Vorschlag auf, eine Koordination für solche Aktionen zu gründen, um ihnen mehr Gewicht, Kontinuität und Stossrichtung zu verleihen. Sofort verfassten wir einen Brief, um unser Projekt möglichst bekannt zu machen und am Wochenende vom 22./23.3. zur Vorbereitung der Gewaltkampagne werden die ersten konkreten Schritte unternommen werden.

Mit einem Plenum, wo die einzelnen Gruppen ihre Ideen vorstellten (die Gruppe "Gleiche Rechte" plant eine

grössere gemeinsame Veranstaltung in der Art eines Tribunals, wo Frauen ganz konkret ihre selbst erfahrenen Diskriminierungen anprangern), und einer nicht enden wollenden Diskussion der Resolution wurde die Tagung abgeschlossen.

Für mich ist sie ein voller Erfolg gewesen. Sowohl für mich persönlich (ich fühle mich stärker, habe weniger Angst), als auch für meine Tätigkeit in der Ofra (Kampagne "Gleiche Rechte") habe ich viel profitiert. Deshalb kann ich nicht verstehen, weshalb so wenig bzw. keine anderen Ofra-Frauen an der Tagung teilgenommen haben. Sowohl in den Gruppendiskussionen wie auch auf dem Podium war die Ofra nicht vertreten. Warum? Hat die Ofra keine Zeit und/oder Interesse, da sie voll mit ihrer eigenen Kampagne beschäftigt ist? Mir ist das unbegreiflich, bot doch diese Tagung einmal die Gelegenheit, sich ausführlich mit dem Problemkreis "Gleiche Rechte" auseinanderzusetzen, eine oft vernachlässigte, aber unabdingbare Voraussetzung, um sich in Aktionen stürzen zu können. Ausserdem ist es doch gerade bei einer so breiten Kampagne nötig, sie mit anderen Organisationen zu diskutieren, um sich nicht zu konkurrenzieren und um eventuell gemeinsame Veranstaltungen zu planen.

Ruth Flühmann

Am Wochenende vom 23./24. Februar haben ca. 80 Personen aus der Frauenbewegung und der Linken über Probleme diskutiert, die mit der Familienpolitik im Zusammenhang stehen. Zu zwei besonders aktuellen Fragen nehmen die Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer direkt Stellung:

RESOLUTION

Die Volksinitiative "Gleiche Rechte für Mann und Frau" stellt die Aufhebung der rechtlichen Diskriminierung der Frauen auf allen Ebenen zur Diskussion. Sie gibt uns Gelegenheit, die heutige Lage der Frauen konkret aufzuzeigen und Ansätze zu deren Verbesserung zu diskutieren.

Dass der Bundesrat einen Gegenvorschlag ausgearbeitet hat und den Rückzug der Initiative erzwingen will, ist ein "Schlag ins Gesicht der Frauen" (Tagesanzeiger). Im Vergleich zur Initiative glänzt der Gegenvorschlag

durch seine Unverbindlichkeit: Nicht nur fehlt eine Frist zur rechtlichen Verwirklichung; es bleibt sogar unklar, ob bei Lohndiskriminierung eine Klage gegen private Arbeitgeber möglich ist. Umso mehr erstaunt es, dass nun die tragenden Kräfte der Initiative mit z.T. erklärten Gegnern der Initiative eine "Arbeitsgemeinschaft" eingegangen sind. Diese Arbeitsgemeinschaft verteidigt nicht die Initiative, sondern tritt vage für die verfassungsmässige Verankerung von "Prinzipien" der Gleichberechtigung ein. – Ist damit der Weg zum Rückzug der Initiative bereits klar eingeschlagen?

Die Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer fordern das Parlament auf, keinen Gegenvorschlag zu verabschieden. Durch diese Taktik wird die Volksinitiative als politisches Mittel lächerlich gemacht. Ausserdem wird die nötige und mögliche Diskussion über die Situation der Frauen von Auseinandersetzungen über Verfahrensfragen überdeckt.